

Auto verbieten
SVP will Sozialhilfe-
bezügern das Auto
versagen: Zuger eifern
Zürchern nach. 7

Bitte lächeln!
Ein Berner Restaurant
filmt seine Gäste mit
Überwachungskame-
ras beim Essen. 18

Soldaten reden
Was in den besetzten
Gebieten geschieht:
israelische Soldaten
als Zeugen. 27



Suzanne Thoma
Die neue BKW-Chefin
setzt verstärkt auf
erneuerbare Energien
und Effizienz. 11

AZ 3000 Bern 1



Der Bund

Mittwoch, 30. Januar 2013 – 164. Jahrgang, Nr. 24 – Fr. 3.90 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Skywork verschreibt sich Sparprogramm

Die Berner Fluggesellschaft Skywork betreibt «Effizienzsteigerung» und hat sich ein Sparprogramm auferlegt. Bisher wurden vier Personen entlassen, weitere Kündigungen sind möglich. Der Buchungsstand sei zwar erfreulich, hiess es gestern in einer Mitteilung, doch werde nach einer Durchleuchtung der Firma bei Einnahmen und Ausgaben der Hebel angesetzt. Daniel Borer, einer der Hauptsponsoren, gibt sein Verwaltungsratspräsidium ab. CEO Tomislav Lang sitzt neu im Verwaltungsrat und hat ein Aktienpaket erworben. Der Sommerflugplan wird praktisch vollständig wie vorgesehen bedient. Zu Pessimismus bestehe kein Anlass, betont Skywork. (mdu) – Seite 17

Heute im «Bund»

«Bern erneuerbar» Initiative spaltet BDP

Die Delegierten der BDP Kanton Bern fassen heute die Parole zu «Bern erneuerbar». Der Ausgang ist offen. – Seite 23

Stadt Bern «Schütz»-Debatte gefordert

Progr-Stiftungsratspräsident Matthias Kuhn wünscht sich eine Debatte über die Planung Schützenmatte. – Seite 19

Abegg-Stiftung Weltspitze im Restaurieren

Wie die Textilkonservatoren in Riggisberg in mühseliger Kleinarbeit uralte Stoffe rekonstruieren. – Seite 31

Service

Meinungen/Leserbriefe – 10
Börse – 14
Wetter/Rätsel – 24
Fernsehen & Radio – 25
Kinoprogramm – 28
Berner Kultur – 29
Todesanzeigen/Danksagungen – 30

Anzeige

Ein starker Rücken kennt keine Schmerzen

CHF 80.– Rabatt
bei Abschluss eines Jahresabos
vom 01.01. bis 31.01.2013

Monbijoustr. 10, 3011 Bern
Telefon 031 384 60 60
www.kieser-training-bern.ch

KIESER TRAINING
FÜR KRAFT UND GESUNDHEIT

Kantonsparlament verlangt Entlassung von UPD-Chefin

Grosser Rat sendet ein klares Signal und fordert Neuanfang in der Waldau.

Marcello Odermatt

Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud muss in den Universitären Psychiatrischen Diensten (UPD) «sofort die nötigen personellen Konsequenzen» ziehen. Mit anderen Worten: Die bisherige, derzeit krankgeschriebene UPD-Direktorin Regula Mader soll gehen. So will es eine klare Mehrheit im bernischen Grossen Rat. Mit 96 zu 46 Stimmen bei 5 Enthaltungen überwies das Kantonsparlament gestern einen entsprechenden Vorstoss von SVP-Fraktionschef Peter Brand. Die Motion erhielt gegen den Willen der Regierung sowie gegen den Willen der SP und der Grünen, die ihn nur als unverbindliches Postulat entgegennehmen wollten, die Unterstützung von SVP, BDP, FDP, EDU, GLP und CVP.

Brand reichte aufgrund der Querelen in den UPD den Vorstoss im Oktober ein und machte stets deutlich, dass er in erster Linie Maders Rücktritt verlangte. Auch gestern liess er an der SP-Frau kein gutes Haar und warf ihr «Dilettantismus» vor. Mader habe sich «hinreissen lassen», den umstrittenen Psychiatrieprofessors Werner Strik zu entlassen, ohne rechtlich zulässige Handhabe. Eine Weiterbeschäftigung von Mader sei «nicht mehr verantwortbar», so Brand. BDP-Fraktionschef Dieter Widmer verlangte eine «definitive Lösung» für die Leitung der UPD, die derzeit mit einer interimistischen Co-Leitung besetzt ist. FDP-Fraktionschef Adrian Kneubühler sagte, wenn ein Interesse darin bestehe, dass die UPD für die Zukunft gestärkt werden

sollten, dann müsse Mader eigentlich gehen. Allerdings müsste man für einen wirklichen Neuanfang auch Strik fallen lassen, fügte Kneubühler an.

UPD-Struktur wird umgebaut

Perrenoud liess offen, wie es bei der UPD-Leitung und mit Mader nun weitergehen wird. Mit der klaren Überweisung des Vorstosses erhöht das Kantonsparlament den Druck allerdings nicht nur auf Mader, sondern auch auf Perrenoud, damit dieser die Probleme in den UPD so rasch wie möglich löst. Deshalb forderte das Kantonsparlament zugleich eine neue rechtliche Struktur für die Waldau. Dieses Anliegen, das die Regierung bereits umzusetzen versucht, wurde einstimmig überwiesen. – Seite 23

Aufholjagd in Mali



Foto: Nic Bothma (Keystone)

Jene Städte, welche die französischen Truppen erobern, sind für Hunderte von Kriegsreportern aus aller Welt ein begehrtes Ziel. Auf ihrem hindernisreichen Weg an die Front halten sie Begegnungen wie diese in der Stadt Diabaly fest. (aus) – Seite 2

US-Steuerbehörden fischen wieder bei Schweizer Banken

Die US-Steuerbehörde IRS ist von einem New Yorker Gericht ermächtigt worden, die Daten von Kunden der Wegelin und mindestens zwei weiteren Schweizer Banken einzufordern und deren Identität ausfindig zu machen. Seinen Ursprung hat dieses neue, breit angelegte Verfahren bei der UBS. Sie führte seit Ende der 90er-Jahre in Connecticut ein sogenanntes Korrespondenzkonto zu-

gunsten der Wegelin und anderer Banken. Dies erlaubte es der St. Galler Privatbank, Geld- und Checküberweisungen zugunsten ihrer US-Kunden durchzuführen und mittels Scheinfirmen in Liechtenstein, Panama und Hongkong zu verschleiern. Wegelin hatte zu Jahresbeginn ein umfassendes Geständnis abgelegt und damit der IRS ermöglicht, bei anderen Banken durchzugreifen. (aba/wr) – Seite 13

Im Kanton Bern wird Integration Pflicht

Der Kanton Bern führt Integrationsvereinbarungen ein. Ausländerinnen und Ausländer können damit bei Bedarf etwa zum Lernen der Sprache verpflichtet werden. Das Kantonsparlament hat gestern das Integrationsgesetz in erster Lesung mit deutlicher Mehrheit angenommen. Nur SVP und EDU lehnten das Gesetz ab, das die Devise «Fördern und Fordern» verankert. (mra) Bericht Seite 17, Kommentar rechts

Kommentar

Matthias Raaflaub

Ein wichtiges Signal, aber kein Wundermittel

Der Kanton Bern wählt den vernünftigen Mittelweg. Das neue Integrationsgesetz vertraut nicht blind auf den guten Willen von Ausländerinnen und Ausländern, sich im Kanton Bern zu integrieren. Es ist aber auch kein Strafen- oder Bussenkatalog, keine Drohgebärde gegenüber Integrationswilligen. Stattdessen haben sich Regierung und Parlament gestern auf ein «Fördern und Fordern» verständigt, das im Alltag praktikabel sein wird.

Der Kanton Bern legt im Integrationsgesetz Regeln fest, die den Erwartungen der Bevölkerung entsprechen: Ausländer sollen sich integrieren. Sie sollen sich bemühen, die Sprache zu lernen. Dafür soll ihnen aber auch Unterstützung zustehen. Und wer sich partout nicht eingliedern will, muss mit den Konsequenzen leben.

Solch klare Regeln schmälern bei Ausländern die Bereitschaft zur Mitarbeit nicht, wie es die Grünen zum Teil befürchten. Ganz im Gegenteil: Die allermeisten Zuwanderer wollen sich an schweizerische Gepflogenheiten anpassen und Teil dieser Gesellschaft werden. Ihnen wird es vielmehr helfen, wenn sie von Anfang an wissen, was von ihnen erwartet wird – aber auch, was sie vom Staat und der Gemeinde erwarten dürfen. Ist das Integrationsgesetz in Kraft, werden alle ausländischen Zuzüger von der Gemeinde vorgeladen. Das zeigt ihnen, dass sich die neue Heimat für sie interessiert. Und es macht auch in der letzten Gemeinde klar, dass Integration nicht von selbst geschieht.

Das bernische Integrationsgesetz wird dennoch kein Wundermittel. Schwachpunkte werden zu Recht kritisiert. Eine so grundsätzliche Vereinbarung müsste für alle Ausländer gelten, auch für EU-Bürger. Und: Integration steht und fällt mit dem Einzelnen. Wer sich nicht integrieren will, kann sich der Gesellschaft weiterhin entziehen. Ganz gleich, ob er Deutschkurse besucht hat oder nicht. Trotz der Makel und des Widerstands der SVP strebt das Parlament eine Lösung an. Denn eine Regelung mit Schwächen ist besser als gar kein Gesetz. Klare Regeln sind nötig, als deutliches Signal.

Anzeige

Unternehmen statt unterlassen!
www.eebern.ch

Kurt Schär
CEO FLYER Biketec AG, gip, Huttwil

2xJa
Erneuerbare Energie für Bern
Komitee mit Vertretern aus Politik (BDP, CVP, EVP, FDP, gip, Grüne, SP, SVP), Wirtschaft, KMU, Landwirtschaft und Umweltverbänden

Heute mit «Stellenmarkt»
Seiten 6 und 8

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86
Inserate Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inserate@espacemedia.ch
Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalтарif), Mail: abo@derbund.ch

